

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble

(A) Entwurf eines **Gesetzes zur Durchführung des im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik einzuführenden Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems**

(GAP-Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem-Gesetz – GAPInVeKoSG)

– 19/29488 –

hier: Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung

Drucksache 19/30241

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (f)
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
Ausschuss Digitale Agenda

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Entwurf eines **Gesetzes zur Durchführung der im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik finanzierten Direktzahlungen**

(GAP-Direktzahlungen-Gesetz – GAPDZG)

– 19/29490 –

Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung

Drucksache 19/30242

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (f)
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Unterrichtung durch die Bundesregierung

(B) Entwurf eines **Vierten Gesetzes zur Änderung des Direktzahlungen-Durchführungsgesetzes**

– 19/29485 –

hier: Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung

Drucksache 19/30243

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (f)
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Damit kommen wir zur Feststellung der Tagesordnungen der 232. bis 234. Sitzungen mit den eben genannten Änderungen und Ergänzungen. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist die Tagesordnung gegen die Stimmen der AfD mit den Stimmen des übrigen Hauses so beschlossen.

Damit rufe ich Tagesordnungspunkt 1 auf:

Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Errichtung und Führung eines Registers über Unternehmensbasisdaten und zur Einführung einer bundeseinheitlichen Wirtschaftsnummer für Unternehmen und zur Änderung weiterer Gesetze**

Drucksachen 19/30005, 19/30229

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Energie (f)
Ausschuss für Inneres und Heimat
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Finanzausschuss
Ausschuss Digitale Agenda
Haushaltsausschuss mitberatend und gemäß § 96 der GO

Eine Aussprache ist für heute nicht vorgesehen. Wir kommen also gleich zur Überweisung. (C)

Interfraktionell wird Überweisung des Gesetzentwurfs auf den Drucksachen 19/30005 und 19/30229 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir wie vorgeschlagen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur ganzjährigen Förderung von Kindern im Grundschulalter (Ganztagsförderungsgesetz – GaFöG)**

Drucksache 19/30236

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (f)
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen
Haushaltsausschuss mitberatend und gemäß § 96 der GO

Auch hierfür ist eine Aussprache heute nicht vorgesehen.

Interfraktionell wird Überweisung des Gesetzentwurfs auf der Drucksache 19/30236 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir auch da wie vorgeschlagen.

Damit rufe ich Tagesordnungspunkt 3 auf:

Vereinbarte Debatte

80. Jahrestag des Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion (D)

Für die Aussprache wurde eine Dauer von 60 Minuten beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Bundesaußenminister Heiko Maas.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Heiko Maas, Bundesminister des Auswärtigen:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor fast 80 Jahren, am 22. Juni 1941, überfiel das nationalsozialistische Deutschland die Sowjetunion. Damit begann das mörderischste Kapitel des sogenannten Vernichtungskrieges im Osten, der im September 1939 mit dem Überfall auf Polen seinen Anfang genommen hatte. Den Nationalsozialisten ging es darum, „neuen Lebensraum“ zu erobern. Dafür wurden die Versklavung und Auslöschung ganzer Staaten und Völker nicht nur in Kauf genommen; sie war erklärtes Kriegsziel. Die erbarungslose deutsche Kriegsführung verwandelte zahllose Dörfer und Städte in verbrannte Erde. Millionen Zivilisten, darunter Frauen und Kinder, fielen den Repressalien und dem Terror der deutschen Besatzer zum Opfer. Die Wehrmacht schlug damals geltendes Kriegsrecht in den Wind und ließ Millionen sowjetischer Kriegsgefangener bewusst verhungern. Und es waren deutsche Täter, die vor allem in Mittel- und Osteuropa das Menschheitsverbrechen des Holocaust verübten.

Bundesminister Heiko Maas

(A) Fassunglos blicken wir auf diesen Teil unserer Geschichte, auf den Rassenwahn und die völlige moralische Enthemmung, die auch gerade im Ostfeldzug ihren fürchterlichen Ausdruck fanden. Und voll Trauer und Scham verneigen wir uns vor den über 30 Millionen Menschen, die allein in Mittel- und Osteuropa zwischen 1939 und 1945 ihr Leben lassen mussten in dem von Deutschland geplanten, begonnenen und bis zuletzt vorangetriebenen Krieg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, angesichts der Dimension dieser Verbrechen grenzt es auch 80 Jahre später noch an ein Wunder, dass uns unsere mittel- und osteuropäischen Nachbarn die Hand zur Versöhnung gereicht haben. Dafür sind wir ihnen zutiefst dankbar.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

Diese Dankbarkeit geht mit einer besonderen Verantwortung einher, der Verantwortung, mit aller Kraft weiter an der Aussöhnung zu arbeiten zwischen den Menschen in Deutschland und den Menschen in Russland, der Ukraine, Belarus, Polen, den baltischen, den südkaukasischen und den zentralasiatischen Staaten und in all den anderen Ländern, denen Deutsche im Zweiten Weltkrieg schreckliches Leid angetan haben. Für diese Aussöhnung darf es niemals einen Schlussstrich geben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(B) Ich bin dem Bundestag deshalb sehr dankbar für die im vergangenen Jahr gefassten Beschlüsse, in Berlin **Erinnerungsorte für die Opfer des Vernichtungskrieges in Polen** und in ganz Europa zu schaffen. An deren Umsetzung arbeiten wir seither mit allem Nachdruck zusammen mit unseren Partnern aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft. Und unter sehr enger Einbindung unserer polnischen Freundinnen und Freunde.

Genauso setzen wir unsere Erinnerungsarbeit in den Ländern Ost- und Mitteleuropas fort. In der Ukraine werden wir das geplante neue Holocaustmuseum Babyn Jar unterstützen und in Belarus die Sanierung der Geschichtswerkstatt im ehemaligen Ghetto von Minsk.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist mir ganz besonders wichtig gewesen, dass wir in den vergangenen drei Jahren endlich auch eine humanitäre Geste für die Überlebenden der Leningrader Blockade auf den Weg gebracht haben. Der grausame Tod von 1 Million Menschen in der von der Wehrmacht belagerten Stadt war eines der schlimmsten Kriegsverbrechen des Zweiten Weltkrieges.

Ich habe Sankt Petersburg zuletzt vergangenen August besucht und dort mit Überlebenden der Blockade gesprochen. Wer die Erinnerungen dieser Menschen gehört hat, wer gehört hat, was dort geschehen ist, was ihnen widerfahren ist, was ihnen angetan wurde, der wird das nie wieder vergessen. Und wer ihren Willen zur Versöhnung gespürt hat, der steht in der Pflicht, dieses Geschenk anzunehmen durch eine Erinnerungsarbeit, die in die Zukunft weist. Dem fühlen wir uns auch verpflichtet.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (C)

Wenn wir dieses Jahr an den 22. Juni 1941 erinnern, wollen wir auch Begegnungen zwischen jungen Menschen einen ganz besonderen Stellenwert einräumen. So werden Jugendliche aus ganz Europa im Rahmen des Peace-Line-Projektes gemeinsam von Deutschland über Russland und Litauen nach Polen reisen, um so an die Vergangenheit zu erinnern und ins Gespräch zu kommen, vor allen Dingen über eine gemeinsame Zukunft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit unserem Bekenntnis zur europäischen Einigung haben wir die wichtigste Konsequenz aus unserer Vergangenheit gezogen. Doch zu einem bewussten Umgang mit dieser Vergangenheit gehört auch, das historisch bedingt andere Verständnis unserer mittel- und osteuropäischen Nachbarn von Begriffen wie „Souveränität“ und „Nation“ zu respektieren. Das sollten wir berücksichtigen, wenn wir ihnen die Hand reichen für eine weitere Vertiefung der europäischen Integration.

Schließlich gehört zu einem bewussten Umgang mit unserer Geschichte, dass wir das Völkerrecht über das Recht des Stärkeren stellen und für die universelle Geltung der Menschenrechte eintreten. Auch deshalb haben wir uns in der Europäischen Union dazu entschlossen, auf die politische Willkür zu reagieren, mit der Minsk und Moskau gerade auch in jüngster Zeit eklatant gegen internationale Regeln und universelle Werte verstoßen haben. Und deshalb bleibt es bei unserer klaren Haltung zur völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und zur territorialen Integrität der Ukraine. Das wird auch meine Botschaft in den Gesprächen sein, die ich heute Nachmittag mit dem ukrainischen Amtskollegen hier in Berlin führe. (D)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt keine Politik ohne Geschichte. Umso wichtiger ist es, dass wir die richtigen Schlüsse aus unserer eigenen sehr schwierigen Geschichte ziehen. 80 Jahre nach dem 22. Juni 1941 heißt das, unsere ganze Kraft einzusetzen für Frieden und Freiheit, für Zusammenhalt und Demokratie auf unserem Kontinent.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Jetzt erteile ich das Wort dem Fraktionsvorsitzenden der AfD, Dr. Alexander Gauland.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Frank Pasemann [fraktionslos])

Dr. Alexander Gauland (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nichts widersprach so fundamental der preußischen und auch der österreichischen Militärtradition wie der Überfall auf die Sowjetunion vom 22. Juni 1941. Dieser Krieg war von Anfang an ein Vernichtungskrieg und sein Ziel

Dr. Alexander Gauland

- (A) „Lebensraum im Osten“ eine nationalsozialistische Chimäre. Dass die Wehrmacht diesem Irrsinn Folge leistete, hat sie auf alle Zeiten beschmutzt.

Der Krieg im Osten unterschied sich von Anfang an von den übrigen Kämpfen. Hier glaubte Hitler, keine Rücksicht nehmen zu müssen. Der Kommissarbefehl und die Ausmordung der Juden, das massenweise Verhungernlassen von Kriegsgefangenen

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vogelschiss!)

und die flächendeckende Zerstörung sowjetischer Infrastruktur hatten nichts mehr mit einem klassischen Staatenkrieg der Vergangenheit zu tun. Die sowjetischen Völker sollten vom Erdboden getilgt werden oder bestenfalls als Fellachen ein trostlos-grauenvolles Dasein fristen. Eine russische, ukrainische oder weißrussische Kultur sollte es danach nicht mehr geben.

Es bleibt also nichts zu diskutieren, nur immer wieder zu fragen, warum so viele in der preußischen Militärtradition Erzeugene diesen Weg mitgegangen sind. Und es ist deshalb nur zu verständlich und immerhin ein kleiner Lichtblick im trüben Bild, dass Stauffenberg Erzählungen seiner Kameraden und eigene Beobachtungen im Osten zum Anlass für seine Tat nahm.

- (B) Wenn der Überfall und der Krieg auch kaum eine unterschiedliche Bewertung erfahren, so bleibt die Frage: Hätte man es verhindern können? Wir Deutschen können sie wegen eigener tiefer Schuld nicht stellen. Aber im Westen ist sie gestellt worden. Hat die Sowjetunion nicht, so der Vorwurf, durch den Molotow-Ribbentrop-Pakt eine Mitschuld an der Katastrophe, die sie getroffen hat? Wir wissen, dass Stalin zwei Optionen hatte: das Bündnis mit dem Westen oder einen kurzfristigen Aufschub durch den Teufelspakt mit Hitler. Und es gibt nicht wenige Historiker, die diesen Teufelspakt für unverzeihlich und einen schweren Fehler halten.

(Zuruf des Abg. Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Realistisch und gerecht ist diese Kritik nicht; denn die langwierigen Verhandlungen über eine Militärkonvention zwischen der Sowjetunion, dem Empire und Frankreich führten immer wieder zu demselben toten Punkt: Wie soll eine Verteidigung organisiert werden ohne ein Polen, das keine sowjetischen Truppen auf seinem Territorium dulden wollte? Wenn Stalin also auf diese Weise eine kurze Zeit erkaufte, um gegen den deutschen Angriff besser gewappnet zu sein, so war das eine realpolitische und richtige Entscheidung für das eigene Überleben, dessen Konsequenzen allerdings für Polen furchtbar waren.

Doch auch das war die Folge von Hitlers Überfall auf dieses Land: Er hatte die europäische Ordnung zerstört und einen Weltkrieg ausgelöst, auf den mindestens ebenso wie auf den Ersten die Bemerkung des ehemaligen britischen Außenministers Sir Edward Gray zutrifft: In Europa gehen die Lichter aus, und wir werden sie in unserer Lebenszeit nicht mehr leuchten sehen. – Denn am Ende gab es keine Sieger, nur Verlierer.

- (C) Doch gerade weil wir Deutschen Russland gegenüber in so tiefer Schuld stehen, ist es geboten, mit Nachsicht und Toleranz diesem Land gegenüberzutreten, auch wenn wir manches an seinem Verhalten nicht immer verstehen oder gar billigen können. Moralische Überheblichkeit ist jedenfalls fehl am Platze. Russland ist eine europäische Macht und unser ältester Verbündeter. Hitler wollte dieses Land vom Erdboden tilgen. Dass ihm das nicht gelungen ist, darf uns heute mit Dank und Freude erfüllen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Frank Pasemann [fraktionslos])

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Dr. Johann Wadephul, CDU/CSU, ist der nächste Redner.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Johann David Wadephul (CDU/CSU):

- Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Was mit dem Überfall der Wehrmacht und ihrer Verbündeten am 22. Juni 1941 begann, ist selbst innerhalb der entsetzlichen Geschichte des Zweiten Weltkrieges einzigartig. Nie brachte eine militärische Front mehr Zerstörung, mehr Tod, mehr Leid über die Menschheit als der Deutsch-Sowjetische Krieg. Er war von Beginn an als ein Verbrechen geplant, als rassenideologischer Vernichtungskrieg. Schon im Vorfeld wurden die Kommissarbefehle ausgegeben, wurden die Einsatzgruppen aufgestellt, wurde die Kriegsgerichtsbarkeit aufgehoben. Es wurde ein Hungerplan und der in seiner Monstrosität alles sprengende Generalplan Ost erarbeitet.

Was als Verbrechen angelegt war, wurde als Verbrechen umgesetzt. Neben den enormen Verlusten beider Seiten bei den Kämpfen kam es zu gezielten Massenmorden an der jüdischen Bevölkerung in den von der Wehrmacht eroberten Gebieten, zu willkürlichen Massakern an der Zivilbevölkerung verschiedenster Nationen, zu Massenerschießungen und dem kalkulierten Sterben von Millionen Rotarmisten in deutscher Kriegsgefangenschaft allein in den ersten sechs bis acht Monaten. In den folgenden fast vier Jahren kam es zu wahrscheinlich über 25 Millionen Toten unter den Völkern der damaligen Sowjetunion – keines dieser Völker, das nicht horrenden Verluste zu ertragen hatte. Der Westen des Landes war fast vollständig zerstört. Die Zivilbevölkerung wurde in ganzen Landstrichen schlichtweg ausgelöscht. Menschen wurden erhängt, gefoltert, vergewaltigt, dem Hungertod preisgegeben.

Einmal mehr möchte ich mich im Namen dieses Hohen Hauses vor den Opfern, den Angehörigen und den Nachfahren in tiefer Demut verneigen und um Verzeihung bitten. Was vor 80 Jahren von deutschem Boden aus Europa widerfahren ist, darf nie wieder geschehen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Johann David Wadephul

- (A) Der rassenideologische Vernichtungskrieg des nationalsozialistischen Deutschlands ist, so wie die ganze Geschichte dieser Zeit und der deutschen Verantwortung für den Holocaust und für den Zweiten Weltkrieg, eben kein kleiner Fleck der deutschen Geschichte.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Im Gegenteil: Die Erinnerung an diese Zeit und die Verbrechen im deutschen Namen muss immer präsent sein; denn was mit dem Übertritt der Wehrmachtssoldaten über Niemen, Bug und San begann, endete quasi hier, in diesem Gebäude, im April 1945 mit der Eroberung Berlins durch die Rote Armee, dem Tod Hitlers und dem totalen Zusammenbruch des Deutschen Reiches.

Geschichte ist uns Mahnung. Sie muss uns eine Lehre sein; denn Erinnerung ist gelebte Verantwortung für die Zukunft. Die Lehre aus der Geschichte des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion muss für uns ein „Nie wieder“ sein. Deswegen wurde eine neue deutsche Republik gegründet, die sich Regeln gab, die eine verbrecherische und aggressive Diktatur in Zukunft verhindern sollen, deswegen die Westbindung – um Deutschland in einen Bund demokratischer Staaten einzubinden –, deswegen die anfangs emotional oft nicht einfache Aussöhnung der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und ihren Folgestaaten, für die wir, Herr Minister, in der Tat dankbar sind, und deswegen auch die Gründung der Vereinten Nationen.

- (B) Den Alliierten der Anti-Hitler-Koalition war am Ende des Zweiten Weltkrieges klar, dass es Regeln des internationalen Umgangs braucht, um eine solche Menschheitskatastrophe für alle Zukunft zu vermeiden. Die Vereinten Nationen sollen der zentrale Ort sein, an dem Konflikte friedlich beigelegt werden, und es gibt ein klares Regelwerk, das Aggression und willkürlichen Eroberungsdrang verhindern soll. Diese internationale Ordnung hat in den vergangenen 75 Jahren nicht immer funktioniert. Aber sie ist die vorerst beste Lösung, die die Menschheit in ihrer Geschichte gefunden hat, um Krieg und Vertreibung zu verhindern. Auch in Europa haben wir eine Friedensordnung aufgebaut, die sich als relativ stabil erwies. Ich sage „relativ“; denn leider wird Europa wieder von Krieg und Krisen heimgesucht, und wir müssen erleben, dass Krieg wieder als Mittel zur Durchsetzung politischer oder territorialer Ziele eingesetzt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Verhältnis zu den Völkern der Sowjetunion ist ohne große Unterschiede sehr positiv, zu den Regierungen ist es sehr unterschiedlich: Einige stehen uns sehr nahe, wie die baltischen Staaten, die in der EU und der NATO Mitglied sind. Andere, wie Belarus, werden von einem menschenverachtenden, brutalen Diktator regiert; weiter entfernt von europäischen Werten kann man nicht sein. Und die Russische Föderation hat unabhängige Staaten wie Georgien und die Ukraine angegriffen und zielt darauf ab, mit militärischer Gewalt Grenzen zu verschieben.

Die historische Verantwortung Deutschlands für die Verbrechen des Nationalsozialismus entbindet uns nicht von der Pflicht bzw. nimmt uns nicht das Recht, liebe

- Kolleginnen und Kollegen, dazu politisch Stellung zu beziehen. Man kann gerade jetzt der Auffassung sein, dass solche Konflikte nicht durch deutsche Waffenlieferungen befeuert werden sollten, sondern dass wir eher in Formaten wie dem Minsker Format vermitteln sollten. Aber das heißt nicht, dass wir gegenüber der derzeitigen russischen Außenpolitik sprachlos sein müssen oder dürfen. Die Geschichte verbietet uns nicht, die russische Führung klar und deutlich für ihre Politik zu kritisieren,

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

und sie verbietet uns nicht, uns in dieser Konsequenz und in Verantwortung für das internationale Regelwerk auch an internationalen Sanktionen gegen Russland zu beteiligen. Eine solche politische Untätigkeit hat auch keiner von uns verlangt. Sprach- und tatenlos die Geschehnisse zu akzeptieren, würde bedeuten, die völlig falschen Schlüsse aus der Geschichte zu ziehen; denn es geht um den Schutz des Völkerrechts in so vielen Staaten der ehemaligen Sowjetunion.

Herr Minister, ich habe deswegen in meinem Gespräch mit dem ukrainischen Außenminister, das ich schon heute Morgen führen konnte, für meine Fraktion und, ich denke, für fast alle in unserem Haus auch klar gesagt: Die Krim-Annexion und die fortdauernde Befeuerung des Konfliktes in der Ostukraine durch Russland verstoßen gegen ebenjene internationale Friedensordnung, die doch Russland selbst mitentworfen und aus freien Stücken unterzeichnet hat. Das ist und bleibt nicht akzeptabel.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(D) Die Schlussakte von Helsinki, der Zwei-plus-Vier-Vertrag, die Pariser Verträge und das Budapester Memorandum sind das von Russland bzw. von der früheren Sowjetunion selbst miterrichtete Gerüst unserer friedlichen Nachkriegsordnung. Das zu verteidigen, ist uns eine Verpflichtung, die von unserer Verantwortung herrührt.

Ich bin fest davon überzeugt, dass es uns gelingen kann, auch mit der Russischen Föderation wieder zu einem besseren Verhältnis zurückzufinden. Wir sind mit Russland wie mit anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion verbunden in unserer schmerzvollen Erinnerung an den Deutsch-Sowjetischen Krieg. Daraus wachsen für uns der Wunsch und der Wille nach Frieden, Zusammenarbeit und gemeinsamem Wohlstand.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Nächster Redner ist der Kollege Alexander Graf Lambsdorff, FDP.

(Beifall bei der FDP)

Alexander Graf Lambsdorff (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als Deutschland am 22. Juni 1941 die Sowjetunion überfiel, machten weder die nationalsozialistischen Machthaber noch das Oberkommando der Wehrmacht einen Unterschied zwischen Russen, Weißrussen und Ukrainern. Es

Alexander Graf Lambsdorff

- (A) war ein Überfall auf einen Vielvölkerstaat, den Deutschland in „Bloodlands“, in ein Blutland verwandelte, wie Timothy Snyder es geschrieben hat. Dieses Buch zu lesen, genauso wie Navid Kermanis Reisebericht „Entlang den Gräben“, entlang Schlachtfeldern, Erschießungsorten, Gedenkstätten, ist bis heute tief bewegend und für Deutsche tief beschämend.

Wladimir Putin, der Präsident der Russischen Föderation, hat in einem langen Gespräch kürzlich erklärt, die Sowjetunion habe damals durch ihren Sieg über den Faschismus die Welt gerettet. Gemeinsam mit den Alliierten ist das geschehen. Der Blutzoll, den die Völker der Sowjetunion entrichtet hatten, ist dramatisch. Unser Gedenken gilt den 24 Millionen Opfern der deutschen Aggression, unser Dank gilt all denen, die sich für Versöhnung einsetzen, und unsere Arbeit hier in diesem Hohen Haus gilt einer friedlichen Gegenwart und Zukunft Europas und seiner Völker in allen Teilen unseres Kontinents, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jedes Jahr um den 27. Januar herum gedenken wir der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz. Es steht wie kein anderes der Vernichtungslager des wahnwitzigen NS-Regimes für den unbedingten Vernichtungswillen der NS-Herrschaft. Die Geschichte hat uns das so aufgegeben. Die Geschichte hat aber auf eine eigenartige Art und Weise dafür gesorgt, dass dadurch ein Leid ein wenig in den Schatten gerückt ist, dessen wir genauso gedenken müssen, und das ist die Blockade von Leningrad. Auch am 27. Januar, aber ein Jahr zuvor, 1944, endete sie, nach einer Zeit des Leidens, des Hungers, der Krankheit und des massenhaften Sterbens. 1 Million Menschen sind in Leningrad bei der völkerrechtswidrigen Blockade der Stadt umgekommen. Noch heute ist es so, dass, wenn Sie durch Sankt Petersburg gehen, Sie hin und wieder blaue Schilder entdecken, die die Bewohnerinnen und Bewohner davor warnen, dass auf dieser Straßenseite der Angriff der Artillerie schwerere Folgen hat als auf jener Seite der Straße. Das Gedenken an die Blockade von Leningrad in die richtige Position zu rücken, ist etwas, das wir gemeinsam beschlossen haben, und ich danke der Bundesregierung dafür, dass sie dieses sichtbare Zeichen gesetzt hat. Meine Damen und Herren, Leningrad und die Blockade stehen für das Leid der Völker der Sowjetunion. Es ist richtig, dass wir daran erinnern.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Genauso wichtig ist, dass wir akzeptieren, was Historiker ermittelt haben: Der Krieg war von Anfang an als Vernichtungskrieg geplant, Leningrad ist ein Beispiel. Aber auch das Massaker von Babyn Jar ist ein solches Beispiel: 33 771 Jüdinnen und Juden wurden in der Nähe von Kiew erschossen, von SS-Einsatzgruppen, aber auch von ganz normaler deutscher Polizei – Männer, Frauen und Kinder, fast 34 000 Menschen. Dieser Vernichtungskrieg begann schon früher. 1939 ist Deutschland in Polen

- eingefallen, als Folge des Hitler-Stalin-Pakts; als Folge desselben Pakts hat die Sowjetunion 1940 die baltischen Staaten besetzt. Die Lehre, die wir aus diesem Pakt ziehen müssen, ist, dass es illegitim ist, souveränen Staaten ihre Existenz abzusprechen, ihr Territorium zu besetzen oder ihre Bevölkerung gewaltsam zu vertreiben. (C)

Meine Damen und Herren, diese Lehren sind aktuell bis heute. Ich glaube, es ist ganz richtig, an das zu erinnern, was der Kollege Wadephul gerade erwähnt hat: Die Ukraine ist heute ein unabhängiger Staat; sie hat das Recht auf eine unabhängige Existenz. – Ich freue mich, dass der ukrainische Außenminister heute hier in Berlin Gespräche führt. Ich glaube, es ist richtig, dass wir die Souveränität dieses Staates verteidigen, dass wir ihr dabei helfen, ihre territoriale Integrität zu erhalten und ihre Zukunft friedlich zu gestalten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Nächster Redner ist der Fraktionsvorsitzende der Linken, Dr. Dietmar Bartsch.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Dietmar Bartsch (DIE LINKE):

- Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor fast 80 Jahren überfiel Nazideutschland die Sowjetunion. Eines der größten Verbrechen der Geschichte ging von deutschem Boden aus. Der Krieg gegen die Sowjetunion wurde als Angriffs- und Vernichtungskrieg konzipiert und geführt, der alle bis dahin geltenden Zivilisationsregeln suspendierte. Der Krieg wurde nicht als Krieg einer Armee gegen eine andere geführt, sondern als Krieg gegen eine Bevölkerung, die – wie die Juden – ausgerottet bzw. dezimiert und versklavt werden sollte. Die Völker der Sowjetunion kostete dieser Vernichtungskrieg 27 Millionen Menschenleben: Russen, Weißrussen, Ukrainer, Balten, Kaukasier, Juden, Soldaten, Zivilisten, Kriegsgefangene, Männer, Frauen, Kinder, Angehörige Dutzender Nationalitäten. Fast jede Familie der Sowjetunion hatte Opfer zu beklagen. Meine Fraktion, ich hoffe, wir alle, wollen dem würdevoll gedenken, und auch ich verneige mich vor den Opfern. (D)

Meine Damen und Herren, im Januar 2014 sprach der damals 95-jährige russische Schriftsteller Daniil Granin hier an diesem Platz im Deutschen Bundestag. Er sagte, man dürfe nicht vergessen und man müsse doch vergeben können, Hass führe in die Sackgasse. Das sagte der Verteidiger von Leningrad. Heiko Maas, Graf von Lambsdorff haben darauf hingewiesen, was das an diesem Pult bedeutet. Granin sagte, es sei ihm eine große Ehre, hier zu sprechen.

Auch eingedenk dieser Worte beschämt es mich, wie der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung mit diesem Jahrestag umgehen. Ein offizielles Gedenken gibt es weder hier noch da, und das im 80. Jahr des Überfalls. Die dürftigen Begründungen und Verweigerungen

Dr. Dietmar Bartsch

- (A) sind in den Antworten auf die Anfragen meiner Fraktion nachzulesen. Ich finde, das ist ein Zeugnis von Geschichtsvergessenheit.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg.
Dr. Alice Weidel [AfD])

Ich bin froh, dass der Bundespräsident, Herr Steinmeier, hier anders handelt. Heute gedenken wir eines Tages größter deutscher Schuld. Es geht um Terror, der in dieser Stadt erdacht und inszeniert worden ist. Deshalb sind Zeichen der Demut und der Scham so notwendig.

Meine Damen und Herren, ich habe ein paar Jahre in der Sowjetunion gelebt, ich habe dort eine Aspirantur gemacht. Ich hatte eine Russischlehrerin, die mir sagte, dass ihrer Großmutter, als sie ihr erzählte, dass sie jetzt auch einen Deutschen unterrichtet, die Tränen gekommen sind, weil ihr Bruder, der Bruder der Großmutter, von Deutschen umgebracht worden ist. Sie konnte gar nicht verstehen, warum sie einen Deutschen unterrichtet. Ich habe mit der Lehrerin lange geredet und habe ihr natürlich auch versichert: Nie wieder! – Kurz vor meiner Verteidigung, das war im Mai 1990, gab es in den ostdeutschen Ländern (neu) riesige Nazischmierereien. Ihre Frage war damals im Mai 1990: Glaubst du, dass das wieder passieren kann? – Natürlich habe ich das verneint und gesagt: Das ist unmöglich! Nie wieder deutsche Soldaten.

Meine Damen und Herren, was soll ich meiner damaligen Lehrerin eigentlich sagen, wenn heute die NATO-Staaten ihr größtes Manöver seit dem Ende des Kalten Krieges ausgerechnet im Osten Europas abhalten und die Bundeswehr dabei ist? Ich finde, das ist beschämend!

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sollten Lernfähigkeit zeigen gegenüber allen ehemaligen Republiken der Sowjetunion. Ich appelliere an die Bundesregierung: Lieber Heiko Maas, kappen Sie nicht die Drähte zu allen ehemaligen Sowjetrepubliken, auch nicht nach Russland, nicht die Gesprächsfäden, nicht die Handelswege, nicht die Pipelines. Fördern Sie die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen, den Jugendaustausch, die Städtepartnerschaften, und – heute wichtiger denn je – arbeiten Sie an einer neuen Ära der Abrüstung!

(Beifall bei der LINKEN)

Wer es heutzutage gering schätzt oder ignoriert, dass die Rote Armee in der Anti-Hitler-Koalition den größten und opferreichsten Beitrag erbracht hat, wer ignoriert, dass die Politik Gorbatschows das Tor zu Gewaltverzicht und Abrüstung öffnete, den Fall des Eisernen Vorhangs und die Deutsche Einheit überhaupt erst ermöglichte, hat aus der Geschichte nichts gelernt, der handelt arrogant und ohne Empathie. Wer das ignoriert, brüskiert zahlreiche Staaten und Völker. Das heißt übrigens nicht „Sprachlosigkeit“, das heißt es ausdrücklich nicht.

Wir gedenken heute auch David Dushman, der in der Nacht auf Samstag in seiner Wahlheimat München mit 98 Jahren gestorben ist und der gerade in diesen Minuten verabschiedet wird. Er war ein Veteran der Roten Armee und der letzte noch lebende Befreier von Auschwitz. Unermüdlich hat er als Zeitzeuge bis zuletzt von den

Schrecken des Krieges und dem Terror des Faschismus berichtet. „Nicht die Deutschen sind schuld, der Faschismus muss zerstört werden“, sagte dieser große Held, vor dem wir uns auch in Dankbarkeit verneigen.

(C)

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir leben in einer vermeintlich stabilen Demokratie. Doch das vermeintlich Sichere ist so sicher nicht. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit müssen täglich erkämpft und verteidigt werden. Auch 75 Jahre nach dem Ende des faschistischen Raub- und Vernichtungskriegs haben wir keinen Grund, Bertold Brechts Warnung in den Wind zu schlagen: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“ Gar nicht selten geht Verharmlosung mit Verherrlichung einher; wir erleben das, leider auch manchmal in diesem Haus. Brechts Stück, übrigens auch im Jahre 1941 geschrieben, trägt den Titel „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui“. Deshalb sehe ich darin Zuversicht und zugleich Auftrag für uns alle. Wir alle sind gefordert. Ja, es gibt keine Politik ohne Geschichte!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Claudia Roth, Bündnis 90/Die Grünen, ist die nächste Rednerin.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D)

Claudia Roth (Augsburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Am 22. Juni 1941 überfiel Nazideutschland die Sowjetunion und begann mit der systematischen Vernichtung und Ermordung all dessen, was sich dem Versklavungsversuch der Nazis widersetzte. Das Ausmaß des menschlichen Leids und der Zerstörung bleiben auch 80 Jahre danach unvorstellbar, unfassbar. Der Rassenwahn der Nazis hatte den Boden für diesen Krieg bereits Jahre zuvor bereitet. Mit dem sogenannten jüdischen Bolschewismus wurden die Feindbilder klar umrissen. Die Antastbarkeit der Menschenwürde und die Bestimmung des sogenannten „unwerten Lebens“ wurden mit jahrelanger Propaganda und Reduzierung der Menschen auf ihre ethnische, religiöse und kulturelle Herkunft begründet.

Den Worten folgten grauenhafte Taten. Zur Erreichung der offiziellen Kriegsziele wurden große Teile der sowjetischen Bevölkerung vertrieben, versklavt und getötet: Lemberg, Minsk, Riga, Leningrad, Odessa, Babyn Jar stehen längst nicht vollzählig symbolisch dafür.

Am Ende der Besatzung war der Boden der Sowjetrepubliken blutgetränkt, waren Dörfer, Regionen, aber auch ganz gezielt jüdische Gemeinden dem Erdboden gleichgemacht. Forschungen sprechen heute von bis zu 40 Millionen Opfern. Allein in Weißrussland wurden bei Massakern gegen die Zivilbevölkerung 345 000 Menschen von deutschen Soldaten ermordet. In Babyn Jar erschossen

Claudia Roth (Augsburg)

- (A) die Sonderkommandos der Wehrmacht in 36 Stunden 33 771 Jüdinnen und Juden, darunter Säuglinge und Kinder.

In der Erinnerungspolitik der Bundesrepublik spielten diese Opfer und ihre Hinterbliebenen kaum eine Rolle. Aufgrund der politischen Spaltung Europas kamen sie unter die Räder des Kalten Krieges. Wo wurde ich, aufgewachsen in Süddeutschland, damit konfrontiert? Im Geschichtsunterricht nicht. Durch meine Oma vielleicht, die Zeit ihres Lebens hoffte, dass ihr Bruder Hans aus Stalingrad zurückkehrt, durch meinen Klavierlehrer, der immer viel zu große Stiefel trug, weil ihm die Zehen dort abgefroren waren.

Anlässlich des 80. Jahrestags stelle ich mit Scham und Schrecken fest, wie groß die blinden Flecken unserer Erinnerung sind, stelle fest, dass wir eine in Ost und West geteilte Erinnerung haben. Aber diese müssen wir zusammenführen, das Vergangene zusammendenken; denn auch die Erinnerung an die Verbrechen in der ehemaligen Sowjetunion gehört doch zu unserem kollektiven Gedächtnis, und das darf nicht verblassen, weil es die Sowjetunion nicht mehr gibt.

Eine ehrliche, eine umfassende Aufarbeitung der Geschichte stärkt die Demokratie, und das beugt rassistischen Ideologien mit Vernichtungs- und Säuberungsfantasiën vor. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist unsere Aufgabe.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Nächster Redner ist der Kollege Carsten Schneider, SPD.

(Beifall bei der SPD)

Carsten Schneider (Erfurt) (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor einigen Jahren, als ich noch ein sehr junger Parlamentarier war, war ich in St. Petersburg und lief mit vielen jungen Leuten an der Newa entlang, also in der Stadt, in der die Deutschen eines der größten Verbrechen des Zweiten Weltkriegs verübt haben – mehrere Kolleginnen und Kollegen haben das heute schon erwähnt –, nämlich die Belagerung von Leningrad. Wenn man weiß, dass dabei über 1 Million Menschen starben, die Stadt über drei Jahre lang abgeschnitten war und ausgehungert werden sollte, dann ist es umso erstaunlicher, wie junge Russen uns dort heute begegnen, dass wir die Möglichkeit zum Dialog haben, dass sie uns Deutschen gegenüber offen sind.

Mir ist gerade erst wieder bewusst geworden, Frau Kollegin Roth, als Sie das Ihnen im Geschichtsunterricht vermittelte Bild schilderten, dass ich das in der DDR ganz anders erlebt habe.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

(C) Ich durfte Russisch lernen. Mir wurden all diese Dinge aus einem anderen Blickwinkel vermittelt. Es ist interessant, zu sehen, wie unterschiedlich die Erfahrungen in West- und Ostdeutschland sind, vielleicht auch in der Affinität und der Nähe zu Personen. Ich erinnere mich oft und gern daran – ich bin in einem Dorf in der Nähe von Weimar aufgewachsen; es gab dort einen großen Stützpunkt von sowjetischen Soldaten –, dass diese oftmals zu uns kamen und wir mit ihnen unter anderem Diesel gegen Nahrungsmittel getauscht haben. All das gehört zum Bild dazu. Es gehört vor allen Dingen zu der großen, fast unmenschlichen Leistung, die die Menschen aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion uns Deutschen gewähren, nämlich uns zu verzeihen – den Überfall und den Krieg Nazideutschlands, begonnen 1941, zu verzeihen. Dafür bedanke ich mich im Namen meiner Fraktion und verneige mich vor den Opfern.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Neben dem Band der Kriegsgeschichte verbindet uns – ich will in die Zukunft schauen – natürlich auch das Band der Kulturgeschichte. Weimar habe ich genannt: Maria Pawlowna war diejenige, die die Kultur im großen Maße nach Thüringen, nach Weimar gebracht hat. Aber ich will auch Tschaikowski, Dostojewski, Puschkin, Schostakowitsch, Mozart und Goethe nennen. All dies ist europäische, deutsche, russische, sowjetische Kulturgeschichte, über 1 000 Jahre alt.

(D) Es ist klar, dass wir in den letzten Jahren, insbesondere seit 1989, unterschiedliche Wege gehen: wir in der Einbindung in der EU und der NATO, Russland und die ehemaligen Sowjetrepubliken ihren eigenen. Trotz der großen Distanz – es ist bereits darauf hingewiesen worden – insbesondere gegenüber der Regierung oder dem Autokraten in Minsk als auch in Moskau ist es unabdingbar, dass wir gemeinsam im Dialog bleiben, dass es nicht über eine Spirale der Eskalation, der Sanktionen und des Nichtdialogs zu Sprachlosigkeit kommt. Vielmehr brauchen wir insbesondere mit Russland immer auch einen Gesprächsfaden, wobei klar sein muss – das hat auch Heinrich August Winkler in einer Rede in 2015 in diesem Hause gesagt, dass Deutschland bei seinen mittel- und osteuropäischen Partnern in EU und NATO nie wieder den Eindruck erwecken darf, dass wir bilateral mit Russland über ihre Köpfe hinweg und gegen ihre Interessen Politik machen. – Auch das ist für mich eine Lehre aus der Geschichte.

Wir müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen, durch Vorbild leben und inspirieren, durch klare Haltung, auch durch offene und womöglich kritische Worte.

Es gibt allerdings einen dritten Grund, warum wir insbesondere zu Russland und den ehemaligen Sowjetrepubliken ein vernünftiges, rationales Verhältnis brauchen, und der hat etwas mit Geografie zu tun. Russland nimmt fast die Hälfte unseres Kontinents ein. Russland ist, wie Egon Bahr es einmal formulierte, „unverrückbar“ ein Teil Europas. Daraus ergeben sich einige handfeste Folgen und Interessen. Wir haben ein fundamentales Interesse an friedvollen Verhältnissen auf dem Kontinent. Wir haben kein Interesse daran, dass sich Russland aus Europa

Carsten Schneider (Erfurt)

(A) verabschiedet. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist der Austausch, auch wenn er manchmal sehr, sehr schwer ist, ein Gebot aus bitterer Vergangenheit und strategisch gut geplanter Zukunft.

Deswegen ist der Jahrestag des Krieges – daran erinnern wir heute – so wichtig. Wir müssen den Frieden sichern, die Zusammenarbeit suchen und ausbauen. Frieden sichert man durch Abrüstung, militärisch und sprachlich. Zusammenarbeit entsteht durch gegenseitigen Respekt, Austausch und Gespräch, auch über wachsende Unterschiede hinweg. Die Verantwortung für Frieden auf unserem Kontinent ist größer als alle Unterschiede, die uns trennen. Es ist eine gemeinsame Verantwortung, für die Deutschland in besonderer Weise eintreten muss. Auch das ist für mich eine zentrale Lehre des 22. Juni 1941.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Nächster Redner ist der Kollege Tino Chrupalla, AfD.

(Beifall bei der AfD)

Tino Chrupalla (AfD):

(B) Werter Herr Präsident! Sehr geehrte Vertreter der Russischen Botschaft! Meine Damen und Herren! Der 22. Juni 1941 stellte einen Tiefpunkt der deutschen und europäischen Geschichte dar. Die deutsch-russischen Beziehungen lagen am Boden. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion brachte das nationalsozialistische Deutschland unermessliches Leid über Europa und die Welt. Kaum ein Land hat das mehr spüren müssen als Russland. Allein in der damaligen Sowjetunion starben zwischen 25 Millionen bis 27 Millionen Menschen. Das Ausmaß der Zerstörung ist weder in Worte noch in Zahlen zu fassen.

Dennoch hatte ich trotz all des Leids, das der Zweite Weltkrieg auch über das russische Volk gebracht hat, immer den Eindruck, dass es mir als deutschem Staatsbürger fast immer ohne Vorbehalte begegnet ist. Es hat den Blick nicht in die Vergangenheit, auf die Kriege und Divergenzen gerichtet, sondern auf das Hier und Heute, in die Zukunft und auf die positiven Elemente unserer jahrhundertelangen Beziehungen.

(Beifall bei der AfD)

Und ich weiß, dass ohne das Zutun der späten Sowjetunion diese Plenardebatte heute hier sicherlich nicht im Reichstag zu Berlin stattfinden würde. Das dürfen wir nicht vergessen.

Europa ist und bleibt ohne Russland nicht denkbar und auch nicht die Bundesrepublik.

(Beifall bei der AfD)

Deutschland wäre heute ohne Russland nicht das, was es ist: ein vereintes, demokratisches Land in der Mitte Europas.

(C) Meine Damen und Herren, wir erinnern heute an einen der schwärzesten Tage der europäischen und deutschen Geschichte. Nach 80 Jahren müssen wir leider feststellen, dass sich die deutsch-russischen Beziehungen verschlechtern. Auch diese Bundesregierung, Herr Maas, muss sich fragen: Warum befindet sich unser Verhältnis zu Russland auf einem neuen Tiefpunkt und ist mittlerweile schlechter als zu Zeiten des Kalten Krieges?

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der SPD: Unglaublich! – Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Der Überfall galt der Sowjetunion!)

Jetzt, da wir wieder an einem Scheideweg in den Beziehungen angekommen sind, werden wir nur durch kontinuierlichen Dialog, offene und verbindliche Gespräche weiterkommen, nicht aber durch Schuldzuweisungen und erhobene Zeigefinger. Vor allem dürfen wir aber eins nicht: den Graben noch tiefer machen, indem wir noch weiter auf Distanz zueinander gehen und schweigen.

Aber auch wenn das deutsch-russische Verhältnis derzeit so belastet ist: Uns eint eine über 1 000 Jahre andauernde gemeinsame Geschichte. Wir waren immer wieder Feinde, aber auch oft Verbündete und Freunde. Immer wieder ist es uns gelungen, nach Kriegen und Auseinandersetzungen neu anzufangen. Hier und heute haben wir die Gelegenheit, im respektvollen Umgang miteinander stark und ohne neue Ideologien pragmatisch an einer gemeinsamen Zukunft zu arbeiten.

(Beifall bei der AfD)

(D) Der Respekt vor nationalen Interessen, Kulturen und Mentalitäten ist dabei der Garant für ein friedliches Europa.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Reine Geschichtsklitte-rung!)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Nächster Redner ist der Kollege Roderich Kiesewetter, CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit unserer heutigen Debatte zeigen wir als Bundestag, dass wir das Schicksal der über 15 Nachfolgestaaten der Sowjetunion und das Schicksal der Völker auf dem Boden der Sowjetunion nicht vergessen. Der Überfall auf die Sowjetunion war nicht ein Überfall auf das russische Volk oder auf Russland, sondern auf eine Vielfalt an Völkern und Sprachen, und unser Land hat zur Vernichtung von Kultur, zur Vernichtung von Sprachen und Bevölkerung beigetragen.

Wir haben hier heute sehr würdige Worte gefunden. Unsere Debatte soll auch ein Eckpfeiler sein für Aussöhnung, für das Reichen der Hand, aber auch, um eine gemeinsame Erinnerungsidentität zu schaffen. Deshalb sollten wir allen Versuchen entschieden entgegenzutreten, eine selektive Wahrnehmung der Geschichte zu wählen, aufzurechnen oder das Ganze zu relativieren.

Roderich Kiesewetter

(A) Der Russlandfeldzug war von langer Hand vorbereitet. Er war bewusst – unsere Vorredner haben es gesagt – auf Vernichtung von Kultur, von Sprache und Völkern ausgelegt. In diesen Mahlstrom gerieten insbesondere die Länder zwischen dem damaligen Deutschen Reich und der Sowjetunion, die Balten, die Weißrussen, die Ukrainer – die Ukrainer übrigens, die auch noch unter dem Holodomor litten, einem von Moskau verursachten Aushungern der ukrainischen Bevölkerung innerhalb der Sowjetunion. Wir erleben auch heute, dass Missliebige, dass Oppositionelle unter den Handlungen der Hauptstädte mancher ehemaliger Sowjetstaaten leiden. Ich möchte nur am Rande Nawalny oder den Tiergartenmord ansprechen.

Aber viel entscheidender ist es, dass wir den Blick nach vorne richten. Wir erleben gerade, im 80. Jahr des Überfalls auf die Sowjetunion, dass Russland uns ein Deutschlandjahr ermöglicht, das Deutschlandjahr 2020/2021. Trotz allem, was hier die Vorredner und auch ich beschrieben haben, finden Verbindungen statt. Wir sollten einer heute 18-jährigen Deutschen oder einem heute 18-jährigen Russen abnehmen, dass sie zukunftsorientiert an Versöhnung interessiert sind, an Austausch, an Miteinander. Unsere Verantwortung ist es, deutlich zu machen, dass sich das, was in der Vergangenheit war, nicht wiederholt.

(B) Aus der Sicht des Deutschen Reiches war es ein europäischer Kreuzzug gegen den Bolschewismus, mit über 3,5 Millionen Soldaten, darunter 600 000 aus besetzten oder sogenannten verbündeten Staaten, mit über 3 600 Kampfpanzern und unzähligen Leid und Befehlen im Tornister, die auf Vernichtung ausgelegt waren. Es war eine industrielle Variante der Völkervernichtung. Diese Einzigartigkeit des Russlandfeldzuges dürfen wir nicht relativieren. Wir müssen als Deutsche die Verantwortung übernehmen. Kollege Wadehul und Kollege Schneider haben auch sehr deutlich in Demut klargemacht, dass Verzeihung und Entschuldigung sicherlich wesentliche Schritte von uns sind, aber wir auch an tätiger Aussöhnung arbeiten müssen.

Lassen Sie mich deshalb abschließend auch auf die Östliche Partnerschaft eingehen. Wir dürfen unser Zusammen-Denken mit Russland immer nur im Zusammenhang mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion sehen. Die Östliche Partnerschaft ist auch dank des Bundestages mit seinen Beschlüssen sehr stark auf die Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft ausgerichtet. Dies ist notwendig und hilfreich. Aber ich glaube, in der Östlichen Partnerschaft müssen wir mit Moldawien, Georgien und Ukraine ganz anders, nämlich aufwertend, umgehen als beispielsweise mit Weißrussland. Wir können es uns im Umgang mit diesen Ländern nicht mehr leisten, sie alle in denselben Topf zu werfen und für alle dieselben Verfahren vorzusehen. Wir müssen schauen: Welche dieser Länder stehen für die regelbasierte internationale Ordnung, welche nutzen sie aus, und welche zerstören sie? Ich bin da in Sorge, dass wir zu blauäugig sind und in der Europäischen Union verkennen, welche Kraft in den Zivilgesellschaften steckt und welche Kraft wir hier uns erschließen können, auch mit Blick auf Zukunftsperspektiven für die Jugend in diesen Ländern.

(C) Liebe Kolleginnen und Kollegen, das heutige Gedenken muss auch in die Zukunft gewandt sein. Ich glaube, in dem Deutschlandjahr in Russland müssen wir – neben unserer Unterstützung der Ukraine, indem wir sehr klar die völkerrechtswidrige Annexion der Krim wie auch den Krieg in der Ostukraine ansprechen, indem wir die Ukraine unterstützen, wo es nötig und angemessen ist, indem wir über die Energieversorgung Deutschlands debattieren, indem wir uns über Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft austauschen und die verschiedenen Dialogformen suchen – auch ansprechen, dass von russischer Seite drei Organisationen mit Sanktionen belegt wurden, von denen zumindest zwei in einem sehr regen, demokratiegestützten zivilgesellschaftlichen Austausch stehen.

Lassen Sie uns den Blick nach vorne richten. Dem „Nie wieder“ eines solchen Krieges muss eine Idee folgen, die eine Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok umfasst und die einen europäischen Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok zum Ziel hat. Aber es gehören immer zwei dazu. Unsere Hand ist ausgetreckt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Bijan Djir-Sarai, FDP, ist der nächste Redner.

(Beifall bei der FDP)

Bijan Djir-Sarai (FDP):

(D) Vielen Dank, Herr Präsident. – Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 22. Juni 1941 trat der Zweite Weltkrieg mit dem Überfall auf die Sowjetunion in eine neue Phase ein. Der uneingeschränkte, vom Rassenwahn des Dritten Reiches befeuerte Vernichtungskrieg im Osten kostete viele Millionen Menschen das Leben und verwüstete ganze Landstriche. An Brutalität war dieser Überfall kaum zu überbieten. Zu welchen schändlichen Taten Menschen fähig sind, darf niemals in Vergessenheit geraten. Unvergessen bleiben für mich persönlich die Bilder vom Einsatz der Sonderkommandos hinter der Front. Nur durch massive Opfer der Völker der Sowjetunion gelang es, den Vormarsch der Wehrmacht zu stoppen.

Im Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg kurz nach der Einnahme Berlins durch sowjetische Streitkräfte. Die Spuren dieser Zeit sind in diesem Haus und besonders in dieser Stadt, in Berlin, erkennbar, wo die Geschichte Narben hinterlassen hat.

Der barbarische Überfall auf die Sowjetunion darf nicht nur ein Kapitel im Schulunterricht sein. Nein, es ist unsere Aufgabe, dass 80 Jahre später, 100 Jahre später oder auch 180 Jahre später jedem Einzelnen in unserer Gesellschaft bewusst ist, welchen Horror und Terror Deutschland über die Welt gebracht hat. Daran müssen wir uns erinnern.

Die historischen Fakten sind für uns heute aber auch mehr als Erinnerung und Geschichte. Sie stellen für uns eine besondere Verantwortung dar, die Deutschlands Rol-

Bijan Djir-Sarai

- (A) le in der Weltpolitik definiert. „Nie wieder!“ ist mehr als ein Lippenbekenntnis, mehr als ein Narrativ. „Nie wieder!“ ist die Maxime eines politischen Handelns.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das Festhalten an der globalen Friedensordnung hat für Deutschland heute oberste Priorität. Deutschland steht zu seinen Verpflichtungen in internationalen Organisationen, engagiert sich im Rahmen der Vereinten Nationen für Frieden, Freiheit und Menschenrechte weltweit und spielt schließlich auch eine tragende Rolle im Friedensprojekt Europa.

Meine Damen und Herren, es war ein langer Weg hierhin. Dass wir heute in Wohlstand und im Frieden mit unseren Nachbarn leben, ist nach zwei verheerenden Weltkriegen absolut keine Selbstverständlichkeit. Dafür müssen wir dankbar sein. Es ist unsere Pflicht und unsere Verantwortung, uns dafür einzusetzen, dass das so bleibt. Das gilt insbesondere für die deutsch-russischen Beziehungen. Deutschland und Russland sind heute, 80 Jahre nach dem abscheulichen deutschen Angriff auf die Sowjetunion, wirtschaftlich und kulturell eng verbunden, obwohl große politische Probleme existieren.

Ich bedaure, dass die russische Führung die Geschichte heute als Instrument für eigene Interessen missbraucht. Dennoch: Die deutsch-russischen Beziehungen basieren auf einer langen und komplexen gemeinsamen Geschichte. Dass diese Geschichte friedlich, freundschaftlich und auf Augenhöhe fortgesetzt wird, ist heute wichtiger denn je.

(B)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Carsten Schneider [Erfurt] [SPD])

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Manuel Sarrazin, Bündnis 90/Die Grünen, ist der nächste Redner.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, es ist sehr wichtig, dass wir uns darüber bewusst sind, dass es eine neue Art und Weise von Geschichtskultur gibt – bei uns in Deutschland, aber auch in den Ländern, über die wir reden. Wenn ich in den sozialen Medien sehe, wie vor der Coronazeit junge Menschen mit ihren Eltern und Großeltern, wie Familien zu der Parade am 9. Mai in Moskau oder auch anderswo strömten, dann freut mich dieser Umgang, dieser positive Bezug auf die Väter, auf die Helden, die in der Roten Armee gekämpft haben. Gleichzeitig bin ich todtraurig, wenn ich durch Moskau fahre und bei wahrscheinlich sympathischen Menschen im Auto die Sankt-Georgs-Streifenbänder sehe, die letztlich von einer Solidarisierung mit einem absoluten Unrechtskrieg in der Ukraine aufgrund einer meiner Ansicht nach historischen Fehlannahme zeugen.

(C) Über die Brüche in der Kultur – die Freude der russischen Jugend über den Sieg der Roten Armee auf der einen Seite, die Situation heute auf der anderen Seite – und über die Schwierigkeiten, die ich damit habe, möchte ich heute reden. Denn es wird ein Fehler gemacht, der auch in dieser Debatte gemacht wird, nämlich dass man versucht, absolute Lehren aus der Geschichte zu ziehen, um daraus heutige Politik zu legitimieren. Ich denke, es ist richtig, dass wir die verschiedenen Perspektiven der Geschichte wahrnehmen. Jede der verschiedenen Perspektiven der Geschichte hat ihre Berechtigung. Sie alle haben ihren Ort, und sie alle müssen von uns wahrgenommen werden.

Wir müssen auch darüber reden, wie die Geschichtsrezeption nach dem Krieg politisch genutzt wurde. Dazu gehört auch, dass man anerkennt, dass nach Tschernobyl in den Jahren 1987 bis 1989 eine Veränderung von Geschichtsrezeption in Zentraleuropa und in der Ukraine stattgefunden hat. Deswegen ist es meiner Ansicht nach wichtig, dass wir versuchen, das Gedenken an diesen unglaublich grausamen Krieg von zu viel Tagespolitik freizuhalten. Sie alle wissen, dass ich eine klare Meinung zu diesem Thema habe.

Ich möchte daran ansetzen und sagen: Wir sollten, anstatt zu viel über Sachen zu reden, die alle vielleicht schon wissen, viel mehr darüber reden, was wir zu wenig besprechen, beispielweise über den „Holocaust durch Kugeln“, der bereits angesprochen wurde, über das Schicksal der Zwangsarbeiter, über das Schicksal der Kriegsgefangenen und über die unendliche Grausamkeit dieses Krieges, den Deutschland über die Sowjetrepubliken gebracht hat – nicht Nazideutschland, sondern Deutschland! Der Krieg war von der Wehrmacht als Vernichtungskrieg geplant. Die Wehrmacht hat bewusst geplant, die Kriegsgefangenen verhungern zu lassen und sich selbst von dem Land zu ernähren. Es ist Deutschland gewesen, das diese Verbrechen begangen und diese bis heute historisch zu verantworten hat. Ich hoffe, dass wir dem gerecht werden können.

(D)

Wir müssen versuchen, allen Gesellschaften gerecht zu werden: nicht nur, aber auch der russischen Gesellschaft, nicht nur, aber auch der ukrainischen Gesellschaft, nicht nur, aber auch der belarussischen Gesellschaft. Wie vielfältig letztlich die Wahrheit der Rezeption und auch – wenn es sie gibt – die historische Wahrheit dieses Krieges ist, das zeigen die Inschriften, die hier schon genannt worden sind. Vor der Praxis der Parlamentsärztin finden Sie arabische Schriftzeichen baschkirisch-russischer Soldaten. Das zeigt, dass es wichtig ist, an die Geschichte zu erinnern. Aber wenn wir der Vielfalt der Geschichte gerecht werden wollen, sollten wir sie nicht mit aktueller Tagespolitik und absoluten Wahrheiten überfrachten.

Danke sehr.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Elisabeth Motschmann, CDU/CSU, ist die nächste Rednerin.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A) Elisabeth Motschmann (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man Schülerinnen und Schüler heute unvorbereitet fragen würde: „Was war vor 80 Jahren?“, bin ich nicht so sicher, ob prompt die Antwort käme: „Der Überfall auf die Sowjetunion.“ Viele junge Menschen, aber nicht nur junge, wachsen heute geschichtslos auf. Genau das ist der Grund, weshalb wir immer wieder an diesen schrecklichen Überfall und seine grausamen Folgen erinnern müssen. Es ist gut, dass wir junge Menschen durch das Peace-Line-Projekt, Herr Minister, zusammenführen. Das ist die beste Prophylaxe gegen etwas Vergleichbares.

25 bis 30 Millionen Menschen starben – wer will es genau sagen? –, darunter viele Zivilisten, Frauen und Kinder. Es war eben ein Vernichtungskrieg. Sie können mir glauben, dass es mich auch heute noch zutiefst traurig macht, dass mein eigener Vater an diesem Überfall beteiligt war. Das ist auch für Kinder ganz, ganz schrecklich. Er ist 1941 – zum Glück – schwerst verwundet worden und musste dann nicht mehr am Krieg teilnehmen.

Wir sind uns alle der historischen Schuld bewusst. Doch aus der Geschichte zu lernen, bedeutet, zu verhindern, dass sich Vergleichbares wiederholt; das „Nie wieder!“ ist hier heute oft angeklungen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir uns heute permanent für eine friedliche Nachbarschaft zwischen Russland und Europa einsetzen. Das sind wir dem russischen Volk und den Nachfahren der Opfer schuldig.

(B) Die Schrecken des Krieges sind in vielen russischen Familien nach wie vor gegenwärtig. Ich denke nicht nur an den Überfall vor 80 Jahren, ich denke wie Graf Lambsdorff auch an die Blockade von Sankt Petersburg mit 1,1 Millionen zivilen Toten. Dieses Leiden dürfen wir niemals vergessen.

Aber was bedeutet das für uns 80 Jahre danach? Es ist bedrückend, dass das Verhältnis zu Russland durch Putin so erschwert wird wie im Augenblick. Wenn Sie, Herr Chrupalla, nicht verstehen, warum das Verhältnis heute so schlecht ist: Das liegt ganz bestimmt nicht an unserem Land,

(Beifall der Abg. Ulli Nissen [SPD])

sondern es liegt an dem russischen Regime und an Putins grausamer Politik.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf des Abg. Dr. Alexander Gauland [AfD])

Dazu gehören zum Beispiel, Herr Gauland, die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und die Besetzung der Ostukraine. Dazu gehört auch, dass sich die Situation der regierungskritischen Journalistinnen und Journalisten und der Oppositionellen in Russland dramatisch verschlechtert hat; ich nenne nur diese Beispiele. Oder die NGOs, die verboten werden: das Forum russischsprachiger Europäer, das Zentrum Liberale Moderne und der Verein „Deutsch-Russischer Austausch“; das sind ja nur einige Beispiele. Es tut mir leid für Marieluise Beck, unsere ehemalige Kollegin, die sich wie keine andere für die Erinnerung – zum Beispiel an das, was in Babi Jar passiert ist – einsetzt, dass sie mit dem Zentrum Liberale Moderne davon jetzt auch betroffen ist.

(C) Kritische Stimmen, Zivilgesellschaft und Opposition haben in Russland keinen Platz mehr. Das sage ich ganz deutlich in Richtung AfD, und das sollten Sie endlich zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der Abg. Ulli Nissen [SPD] – Dr. Alexander Gauland [AfD]: Ich weiß nicht, warum Sie das in unsere Richtung sagen!)

Ich könnte fortsetzen: Putin erpresst die Ukraine, Russland instrumentalisiert Nord Stream 2 usw.

(Dr. Alexander Gauland [AfD]: Das ist genau die Arroganz, die wir nicht wollen!)

– Das hat mit Arroganz nichts zu tun, Herr Gauland.

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Frau Kollegin, mit dem Fortsetzen ist es schwierig.

Elisabeth Motschmann (CDU/CSU):
Wieso?

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Die Redezeit ist vorüber.

Elisabeth Motschmann (CDU/CSU):

Dann sage ich nur: Wer aus der Geschichte nicht lernt, kann Gegenwart und Zukunft nicht bewältigen; dann kann sie nicht gelingen.

(Tino Chrupalla [AfD]: Dann nehmen Sie das bitte mit!)

(D)

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Maske! – Am Platz dürfen Sie sie auch wieder absetzen; aber lassen Sie sie auf.

Voraussichtlich letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Thomas Erndl, CDU/CSU.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Thomas Erndl (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Überfall auf die Sowjetunion vor 80 Jahren begann das nationalsozialistische Deutschland einen der grausamsten Feldzüge der Menschheitsgeschichte. Rassenwahn und Naziideologie lösten in Osteuropa unbeschreibliches Leid aus. Zerstörung und millionenfacher Tod waren die Folge. Ob Baltikum, Weißrussland, Ukraine oder die anderen Sowjetländer: Das damalige Deutschland hinterließ im Osten Europas blutgetränkte Erde. Es muss uns deshalb mit großer Dankbarkeit erfüllen, dass viele Länder der ehemaligen Sowjetunion trotz dieser tragischen Vergangenheit heute gute und enge Partner Deutschlands sind.

Meine Damen und Herren, wir haben die historische und immerwährende Pflicht, an diese Verbrechen zu erinnern und aufzuklären. Aber bleibe es nur beim Erinnern,

Thomas Erndl

- (A) dann würden wir diese Pflicht nicht ausreichend erfüllen. Denn wir sprechen ganz besonders an diesem Jahrestag auch über eine gemeinsame Verantwortung für die Zukunft: die Verantwortung zu einem friedlichen Zusammenleben – und das gerade auch mit Russland.

Trotz aktueller Spannungen gibt es starke Brücken zwischen beiden Ländern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, nächstes Jahr jährt sich der Abschluss des Deutsch-Russischen Kriegsgräberabkommens zum 30. Mal. Es klingt wie eine Kleinigkeit, wenn man die Erhaltung und Pflege der Kriegsgräber im jeweils anderen Staat per Vertrag regelt. Aber als Anfang der 90er-Jahre der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge seine Arbeit in der ehemaligen Sowjetunion aufnehmen konnte und fast 50 Jahre nach Kriegsende Ruhestätten schaffte, waren es russische Veteranen, die gemeinsam mit deutschen Veteranen mithalfen, den Opfern eine würdige letzte Ruhe zu ermöglichen. Das zeigt: Ehemalige Feinde, die sich hier gemeinsam engagieren, gemeinsam Gräberpflege betreiben, gemeinsam damit auch den Schrecken dieses Krieges wachhalten, mahnen auch gemeinsam zum Frieden – für mich ein kräftiges Symbol dafür, wie wichtig gerade persönliche Beziehungen für die Versöhnung zwischen den Völkern sind.

- (B) Meine Damen und Herren, es ist natürlich äußerst bedauerlich, dass Kooperationen von russischer Regierungsseite immer wieder behindert werden. Einschränkungen der Zivilgesellschaft, die NGO-Gesetze, Sanktionen gegen deutsch-russische Organisationen sind nicht zielführend, vor allem, weil wir in den vergangenen Jahren an vielen Stellen konstruktiv zusammengearbeitet haben, aktuell beim „Deutschlandjahr in Russland“. Gerade in angespannten Zeiten müssen wir ein Zeichen für einen starken kulturellen Austausch setzen. Wir haben lebendige Städtepartnerschaften. Und heute studieren rund 11 000 russische Studenten in Deutschland. Es gibt knapp 1 000 Hochschulkooperationen. Russland ist eines der Länder mit den meisten ausländischen DAAD-Stipendiaten pro Jahr. Das ist so wichtig – gegenseitiges Verstehen, Kennenlernen – für bessere Beziehungen in der Zukunft.

Diese Beispiele, meine Damen und Herren, zeigen: Wir haben ein breites Fundament zur Zusammenarbeit mit den Menschen in Russland. Hierauf müssen wir weiter aufbauen, und wir dürfen uns nicht entmutigen lassen. Denn wir wollen gute Beziehungen zu diesem Land; das ist für uns eine zentrale Lehre aus der Geschichte.

Ich bin dankbar, dass es trotz aller Differenzen, die wir mit der politischen Führung in Russland haben, in der Bevölkerung auf beiden Seiten den Willen zu Freundschaft, Frieden und Kooperation gibt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der AfD)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Damit schließe ich die Aussprache.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 4 auf: (C)

Befragung der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat mitgeteilt, dass heute der Bundesminister des Auswärtigen, Heiko Maas, zur Verfügung steht.

Wenn Sie bitte wieder Platz nehmen. Dann würde ich den Bundesminister Maas anschauen und fragen, ob er einleitende Ausführungen halten möchte.

Heiko Maas, Bundesminister des Auswärtigen:
Gerne.

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Dann würde ich Ihnen auch gern das Wort dafür erteilen.

Heiko Maas, Bundesminister des Auswärtigen:

Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich würde gerne einige einleitende Bemerkungen machen, weil sich in den kommenden Tagen auf der internationalen Bühne vieles ereignen wird, was auch für uns in Deutschland außerordentlich wichtig sein wird.

Die nächste Woche zum Beispiel wird ganz im Zeichen der ersten Auslandsreise von Präsident Biden stehen. Die Tatsache, dass ihn diese erste Auslandsreise nach Europa führt – zunächst nach Cornwall zum G-7-Gipfel und nach Brüssel zur NATO und dann zur Europäischen Union –, ist, wie wir finden, ein gutes und starkes Zeichen für die transatlantische Erneuerung. (D)

Es gehört zur Ehrlichkeit dazu, dass man sagen muss, dass wir darauf lange gewartet haben; denn in den letzten Jahren, unter der Vorgängeradministration, gab es doch Entwicklungen, die uns befürchten ließen, dass die internationale Ordnung wirklich nachhaltigen Schaden erleiden wird. Deshalb sind wir in dieser Zeit oft in die Bresche gesprungen. Wir haben – um einige Beispiele zu erwähnen – unser politisches Gewicht in die Waagschale geworfen, etwa beim Erhalt des Nuklearabkommens mit dem Iran, wo wir seit Anfang April in Wien mit den anderen Vertragsstaaten, aber auch, mittelbar, mit den Vereinigten Staaten verhandeln. Aber das gilt genauso für Themen der Klima- und auch der Handelspolitik. Wir haben in dieser Zeit große finanzielle Lücken geschlossen bei der humanitären Hilfe, bei der Impfstoffversorgung und bei der Finanzierung internationaler Organisationen. Ich bin dem Bundestag außerordentlich dankbar dafür, dass er uns jedes Jahr in den Haushaltsverhandlungen dafür auch ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt hat.

Wir haben in dieser schwierigen Zeit ebenso versucht, neue Formen der flexiblen internationalen Zusammenarbeit auf den Weg zu bringen. Ich will nur die Allianz für den Multilateralismus nennen, der mittlerweile weltweit über 70 Staaten aus allen Kontinenten angehören. In dieser Allianz reden wir über viele wichtige Themen, etwa über autonome Waffensysteme oder darüber, was man gegen Desinformationskampagnen tun kann, bis hin zum Thema „Schutz der Menschenrechte im digitalen Zeitalter“. Wir haben uns dort nicht nur ausgetauscht,